

Arrière-Garde bei dem Arc de Triomphe; doch auch dieses formirte sich nach Marsche und passirte das Delfé. Nur noch eine Schwadron des 15. Dragoner-Regiments verblieb auf dem Platze. Jetzt erst begann die Courage des süßen Pöbels wiederzukehren. Bald ließen sich Rufe, Verwünschungen und Pfeife vernehmen, doch die braven Reiter ließen sich durch keine Provocation zu einem unklugen Schritte verleiten, sondern drängten ruhig die sie umgebende Menge zurück und warteten, bis alle Biquets und Posten, welche die verschiedenen Straßen in den Flanken der abmarschirenden Colonne besetzt gehalten hatten, eingerückt waren. Blüchlich kam ein Wagen mit drei deutschen Officieren, die sich wahrscheinlich verspätet hatten, aus einer der Seitengassen dahergefahren. Kaum wurde das Gefährt von dem Gefindel bemerkt, als es auch schon die Insassen des selben mit einem Hagel von Steinen und Koth begrüßte; doch schnell waren einige Dragoner bei der Hand, welche den Wagen in ihre Mitte nahmen und ihn durch den Arc de Triomphe und weiter escortirten. Als der Wagen unter dem Triumphbogen durchfuhr, warfen die Officiere der Stadt Paris, welche sie nun verlassen, Kupferrücken zu.

Nachdem sich die Dragoner-Escadron gesammelt hatte, trat auch sie den Rückzug an, und nur noch eine kleine Abtheilung deckte denselben, bald wendete auch diese Paris den Rücken, und die Occupation war zu Ende.

Von den französischen Behörden war Niemand bei dem Abzuge der deutschen Truppen anwesend, und erst um 11 Uhr, nachdem bereits die letzte Bidelhaube durch die Avenue de la grande Armée verschwunden war, erschien eine Abtheilung französischer Gendarmen, welche darauf achteten, daß die Gaminen nicht gar zu häufig der Arrièregarde der Preußen folgten. Um 12 Uhr Mittags hatte das „Quartier prussien“ wieder das gewöhnliche Aussehen; die Läden und Kaffeehäuser waren wieder geöffnet, und die Plancours dehnten sich wie ehedem behaglich auf ihren Stühlen vor den Cafés, das unerhörte Ereigniß der deutschen Occupation dicitirend. Das deutsche Corps zog sich, nachdem es die Barrieren hinter sich hatte, auf mehreren Straßen in das Bois de Boulogne, wo es ein Freilager bezog. Während Paris von den Deutschen geräumt wurde, hielt der Kaiser von Deutschland zu Longchamp eine Parade über das Gardecorps, die Garde-Landwehr und das preussische Leibregiment ab. 30,000 Mann waren somit auf der Ebene von Longchamp bereit, ihren aus Paris ziehenden Kameraden bei einem etwaigen Ueberfalle zu Hilfe zu eilen.

Im Ganzen hat sich die Pariser Bevölkerung gut gehalten, doch auch das Benehmen der deutschen Soldaten war muthmaßlich; sie vermieden jede Provocation und bewahrten eine des Siegers würdige Bescheidenheit. Die Deutschen haben Paris nun wieder den Rücken gekehrt; zu wünschen wäre es, daß sie nicht noch einmal, etwa von den Franzosen selbst gerufen, den Boden dieser Stadt betreten müßten.

Aus dem ungarischen Reichstage.

Peft, 4. März. Beide Häuser des Reichstages hielten heute wieder Sitzung. Im Oberhause wurden die fünf kleinen Fondsverordnungen ohne Debatte und unversändert angenommen. Im Unterhause referirte vorerst der Petitionsausschuß über zahlreiche ihm zur Begutachtung zugewiesene Gesuche, die sämtlich der Regierung „zu entsprechender Verwendung“ übergeben werden.

Folgte nun die Fortsetzung der Spezialdebatte über das Budget des Kommunikations-Ministeriums. Die Vorlesung ging auffallend rasch von Statten, wenn auch fast bei jedem einzelnen Punkte irgend ein Abgeordneter für die speziellen Interessen seines Bezirkes eintrat. Die Ausführungen des Kommunikations-Ministers und des Staatssecretärs jedoch beruhigten sämtliche Interpellanten und so wurde das ganze Ordinarium sowohl als das Extraordinarium bis auf den letzten Titel „Wasserbauten“ votirt. Im Ganzen wurden die von der Regierung veranschlagten Summen angenommen. Bloß als Unterabteilung für die Komitate der Straßenhaltung wurden anstatt wie präliminirt 200,000 fl. über Antrag Reichsärzts 400,000 fl. votirt. Der Finanzminister wehrte sich nämlich gegen diese Erhöhung, weil gegenwärtig das Defizit vermehrt, trotzdem wurde diese Summe ferner für die Heilregulirung anstatt 355,480 fl. für zwei Jahre, die Jahressumme von 200,000 fl. votirt.

Die Debatte über dieses Budget ist somit als geschlossen zu betrachten, da die wenigen noch übrigen Posten kaum irgend welche ernste Schwierigkeiten bereiten dürften. Während der ganzen Debatte zeigte sich das Haus diesem Ministerium höchst sympathisch und wie im Vorjahre bei der Debatte über das Handelsbudget, so war es diesmal beim Kommunikationsbudget gerade die Linke die für den Minister die meiste Anerkennung zeigte. Während der Debatte wurde auch die Nothwendigkeit eines Gesetzes über die Regelung der öffentlichen Arbeiten vielfach betont und wie wir hören, wird eine diesbezügliche Vorlage dem Parlamente nach Schluß der Budgetdebatte sofort unterbreitet werden, trotzdem nur geringe Hoffnung vorhanden ist, daß das Haus dieselbe noch in dieser Session verhandelt.

Peft, 6. März. In der heutigen Sitzung des Abgeordneten-Hauses wurden die letzten Posten des Budgets für's Kommunikations-Ministerium angenommen. Die Debatte über ebenjenes wenig wie die samstägige irgend welche hervorragende Momente, die einzelnen Punkte des Budgets wurden verlesen und nach wenigen Bemerkungen votirt.

Die Ausführungen, welche der Minister auf jede auch noch so unbes-

Notizen.

(Ein Unfälle.) In der Faschingsnachtsnacht ist ein Württemberger, der sich die Ueberfluthung in Wien ansehen wollte, im Döbling'schen Graben verunglückt. Wie das Ztbl. heute den Namen richtig stellt, hieß der obige Robert von sehr vermögend. In seiner Jugend hatte er die badi'schen Freihaarenkämpfe mitgemacht. Später war er fortwährend auf Reisen — seine Frau und sein Götterchen finden alle Meere durchschiffte, die Pyramiden in der Sahara, die Alambra in Mexiko, der den reißenden Darro durchschwamm und in der widerstehlicher Seehund getrieben, über Hals und Kopf nach Europa zurückkehrte, Gesellen, wie sie ihn nannten, der eines Abends plötzlich von Malta abfuhr, um einen Blumenstrauß persönlich zu einem Namensfeste einer Freundin in Berlin abzugeben und als dies geschehen, allsogleich wieder die Retourfahrt nach Malta antrat, der auch jetzt wieder den heißen Boden Afrika's betreten wollte und schon die Fahrkarte in der Tasche hatte, um Donnerstags (wo man ihn hier begrub), den Wagen und Samstags das Schiff zu besteigen, das ihn mit einem neu gewonnenen Freunde nach Alexandria bringen sollte; Robert, der allen Stimmen getrotzt, die einer in fast frevelhaften Wagnissen erprobten Seemannheit, dieser Mann, der tausend Gefahren glücklich überwand — mußte hier im Döbling'schen Graben elendig zu Grunde gehen!

(Napoleon in Brüssel.) Dem „Bon Sens“ (ein neues in Paris-Duc erscheinendes Blatt, dessen Leiden dahin geht, unparteiisch der Wahrheit abzuliegen, als in Paris. Den durchschlagenden Erfolg erlangt eine Cavalcade, deren Hauptfigur Napoleon III. repräsentirt. Er durchzog die Straßen der Stadt in einer vierpännigen Kalesche und voraus mit ein Placener in Kaiserlicher Ähnlische Weise gemacht, daß man den Gefangenen von Wilhelm'sche leibhaftig zur Seite saßen zwei preussische Officiere mit gezogenem Degen. Auf dem Wege von Zeit zu Zeit sich umwandte und ein Küchensjunge, welcher einen in den Mund schob, die dieser sehr bereitwillig verpfeiffte. Die in Brüssel anwesenden französischen Vermundeten und Gefangenen wurden von dem Kaiser begrüßt und erwiderten seinen Gruß mit den begehrtesten Zuruf: „Es lebe Napoleon der Dritte!“

deutende Anfrage sofort ertheilte, wurden besonders von der Linken mit vielem Beifalle aufgenommen. Vor Schluß der Debatte erkundigte sich der oppositionelle Abgeordnete Thomas Bessi beim Kommunikationsminister, wie es mit der bekannten Van Mons'schen Affaire stehe, da doch schon im Vorjahre der Minister erklärt hatte, die bezüglichen Verhandlungen seien gegen das genannte Bankhaus eingeleitet worden? Der Minister erwiderte hierauf, der Prozeß sei allerdings eingeleitet worden, und zwar vor den belgischen Gerichten. Nun aber sei die Angelegenheit natürlich der Kompetenz der ungarischen Regierung entzogen, wie er doch nunmehr in dieser Angelegenheit nichts thun könne, als den bezüglichen Urtheilspruch der Gerichte abzuwarten.

Koloman Ghizy forderte hierauf den Kommunikationsminister auf, über den Stand der Eisenbahnleihe einen Bericht auszuarbeiten und dem Hause vorzulegen.

Darauf erwiderte der Minister, daß ein solcher ausführlicher Bericht im Augenblicke schon sich unter der Presse befinde und ehe denn im Hause zur Vertheilung gelangen werde. Der Bericht des Finanzausschusses über die Donauregulirung und die Errichtung von Sägen und Mägen wurde hierauf verlesen und angenommen. Ein Antrag Szjzman's dahin gehend, die Regierung möge angezweifelt werden einen Gesetzentwurf über die Errichtung von Entrepôts einzubringen, wird nach kurzer sehr unwesentlicher Debatte angenommen.

Der auf den Dispositionsfond bezügliche Posten des Budgets für's Ministerpräsidium gelangte hierauf zur Verhandlung. Die Regierung hatte ursprünglich als Dispositionsfond bloß die Summe von 120,000 fl. beantragt; später aber zu diesem Zwecke 200,000 fl. gefordert. Da zur Zeit als das Budget des Ministerpräsidiums verhandelt wurde, das auf diese Nachtragforderung bezügliche Referat des Finanzausschusses noch nicht eingereicht war, wurde die Vorlesung dieser Summe in Schwebelassen. Nun empfahl die Kommission die Vorlesung und heute erfolgte dieselbe auch durch die große Majorität des Hauses. Da auf der Tagesordnung kein weiterer Gegenstand war, wurde die Sitzung schon um 2 Uhr geschlossen. Nächste Sitzung morgen Vormittags 9 Uhr.

Peft, 7. März. In der Unterhausung wurde das Nachtragsbudget des Handels-Ministeriums ohne Abbruch votirt.

Parlamentarisches.

In der Freitag Abends stattgefundenen Sitzung des Ausschusses zur Vorberatung der Regierungsvorlage betreffend die Rekruten-Bewilligung für 1871, referirte Abg. Dr. Vanhan's im Namen des von diesem Ausschusse niedergelegten Comités über das Gesetz vom 19. December 1870 betreffend das Landesvertheidigungsgesetz von Tirol und Vorarlberg.

Der Berichterstatter liefert den Nachweis, daß das Gesetz wesentliche Abweichungen von den Beschlüssen des Tiroler Landtages sowohl, als auch und zwar insbesondere des Vorarlberger Landtages enthält, und gab eine erschöpfende Darstellung aller jener Differenzen, welche sich zwischen dem sanktionirten Gesetz und den Landtagsbeschlüssen ergeben.

Zugleich macht der Referent auf den Umstand aufmerksam, daß das vom Landtage beschlossene Landstammgesetz für Tirol und Vorarlberg unter dem gleichen Datum nur für Tirol sanktionirt worden sei, daher nur für Tirol Geltung erlangt habe, wodurch sich der Uebelstand ergebe, daß der Landstamm in Tirol nach dem Gesetze vom 19. December 1870 und jener von Vorarlberg nach dem Landesvertheidigungsgesetz vom Jahre 1864, also abweichend organisirt werde, daß somit gegenwärtig die Bestimmungen des Landstammgesetzes für Vorarlberg weit drückender seien als für Tirol.

Schließlich stellt der Referent im Namen des Comités den Antrag, „es sei dieser Sachverhalt dem Abgeordnetenhaus zur Kenntniß zu bringen.“ Hieran knüpfte sich eine lebhaftere Debatte, an welcher sich die Abgeordneten Dr. Giskra, Dr. Smolka, Ritter v. Firley, Freiherr v. Laffer und Dr. Rechsbaier betheiligten.

Abg. Dr. Smolka insbesondere sprach sich dahin aus, daß er den Gegenstand noch nicht für spruchreif halte, weil noch nicht alle Asten darüber vorliegen. Da es sich übrigens um ein Landesgesetz handle, so möge man die Initiative in dieser Angelegenheit den Landtagen überlassen und daher dem Abgeordnetenhaus keine weitere Mittheilung machen.

Abg. v. Firley schloß sich dieser Ansicht an und stellte den positiven Antrag, der Ausschuß wolle den Gegenstand fallen lassen und in die Verhandlung des Gesetzes über die Rekruten-Bewilligung eingehen.

Dagegen sprachen die übrigen Redner, und hob Abg. Dr. Giskra insbesondere hervor, daß es notwendig sei, das Haus bei dieser Gelegenheit auf das Ministerverantwortlichkeitsgesetz aufmerksam zu machen, indem die Unterbreitung eines Elaborates zur a. h. Sanction, welches mit den Landtagsbeschlüssen nicht in Allem und Jedem übereinstimme, allen konstitutionellen Brauche und den Landesordnungen widerspreche.

Abg. v. Laffer vertheidigt den Comitésantrag, und Abg. Dr. Rechsbaier stellt dann den Zusatzantrag, es sei dem Abgeordnetenhaus der Sachverhalt zur Kenntniß zu bringen und der Antrag zu stellen, das Haus wolle denselben einem Ausschusse zur Prüfung und Antragstellung zuweisen.

Nachdem der Referent sich dem Zusatzantrag des Abg. Dr. Rechsbaier angeschlossen hatte, wurde die Abstimmung vorgenommen und der Antrag des Abg. Ritter v. Firley abgelehnt, dagegen der Antrag des Comités mit dem Zusatzantrage des Abg. Dr. Rechsbaier angenommen.

Sodort richtete Abg. Dr. Rechsbaier einige Fragen an die Regierung, von deren Beantwortung er seine Haltung in der Frage der Rekruten-Bewilligung abhängig machen zu müssen glaubte. Die Fragen bezogen sich darauf, ob und wann die Regierung die Vorlagen, welche Minister Graf Hohenwart in Aussicht gestellt, betreffend die Uebertragung der Legislative vom Reichsrathe an die Landtage, die Erweiterung des Wahrspruchs und die in Folge der Aufhebung des Konföderates notwendig gewordenen Gesiegebänderungen, vor das Haus zu bringen gedenke.

Minister Graf Hohenwart gab zunächst die Antwort dahin, daß er glaube, die Rekruten-Bewilligung ließe mit diesen Vorlagen in keinem Zusammenhang, weil die Rekruten dem Reiche bewilligt und der gemeinsamen Regierung zur Verfügung gestellt werden. Auch seien die Reden, welche im Hause anlässlich der Steuerbewilligung gehalten worden, gerade keine Einladung für die Regierung, mit ihren Vorlagen bald vor das Haus zu treten. Sie glaube vielmehr, im Interesse der von ihr vertretenen Prinzipien sei es zweckmäßiger, derzeit noch abzuwarten, bis sie sieht, wie sich die Reichsvertretung zu diesen Prinzipien weiterhin stellen werde. Da übrigens der Reichsrath gleich der Regierung die Initiative habe, so möge der Reichsrath selbst mit Anträgen und Gesetzentwürfen hervortreten.

Nach einigen sächlichen Bemerkungen des Abg. Dr. Rechsbaier fügte noch der Minister bei, daß die das Konföderat betreffenden Gesetzentwürfe so weit vorbereitet seien, daß sie wohl bald in den Ministerath werden gelangen können. Heute könne er schon aussprechen, daß es keinem Zweifel unterliege, daß dieselben im Geiste unserer Gesetzgebung abgefaßt sein werden, daß er aber darüber etwas Bestimmtes erst dann erklären könne, wenn diese Angelegenheit von der Ministerkonferenz berathen sein werde.

Abg. Dr. Sturm interpellirte sodann die Regierung über die auswärtige Politik und stellte die Anfrage, wie Oesterreich derzeit zu Russland stehe, worauf der Minister Graf Hohenwart antwortete, daß, so viel ihm bekannt, das Verhältnis zu Russland ein freundschaftliches sei; nähere Details könne er nicht angeben.

Abg. Dr. Sturm regte weiters die Frage an, ob die Regierung geneigt sei, Sorge zu tragen, daß die österreichischen Truppen nur in österreichische Regimenter eingetheilt werden, weil auch die in Ungarn vorzuziehenden Regimenter der Rekrutenbewilligung, ausdrücklich die Bestim-

mung enthalten, daß die ungarischen Rekruten nur in ungarischen Regimenten verwendet werden dürfen.

Diese Frage gab Veranlassung zu einer lebhaften Besprechung zwischen der Regierung und den einzelnen Abgeordneten, und ging aus den Erklärungen der ersteren hervor, daß die österreichischen Rekruten nur in österreichische Truppenteile eingetheilt werden.

Abg. Dr. Sturm erklärte sich mit den erhaltenen Aufklärungen nicht zufriedengeföhlt.

Hierauf wurde die Sitzung um 9 Uhr geschlossen, nachdem der Referent Dr. Vanhan's den Auftrag erhalten hatte, das Elaborat über das Gesetz betreffend die Landesvertheidigung von Tirol und Vorarlberg dem Ausschusse schriftlich zu überreichen.

Kaiserfeld über die Lage in Oesterreich.

Der einstige Präsident des Reichsrathsabgeordnetenhauses, Moriz v. Kaiserfeld, hat vorige Woche vor seinen Wählern eine Rede gehalten, die wir im gefhriegen Blatte kurz erwöhnten und der wir noch folgende prägnantere Stellen entnehmen:

„Die Veränderungen, welche in der Regierung seit dem Rücktritte Potocki's eingetreten sind, haben Besorgnisse und entscheidendes Mißtrauen hervorgerufen. Die vor ihrer Ernennung zu Ministern unbekannt gewordenen Personen, das Geheimniß, in welches die Bildung dieses Ministeriums sich hüllte und das auf die Pläne und Hintergedanken zurückgeführt werden will, die gestrichelt werden: der den Grundgedanken des Konstitutionalismus und dem parlamentarischen Gebrauche widerstrebende Charakter dieses Ministeriums — das läßt das herrschende Mißtrauen, das zu bannenden Worten und Programmen bisher nicht gelang, nur zu begreiflich erscheinen.“

Wenn die parlamentarische Regierung, die die Regierung durch die parlamentarischen Parteien, ist eine notwendige Konsequenz des Konstitutionalismus. Ohne diese Konsequenz ist der Konstitutionalismus eine unmögliche Form, weil demselben die praktische Anwendung fehlen und die Durchführung seiner Postulate zu unabweisenden Konflikten führen würde. Insbesondere fordert unsere Verfassung mit ihrem heiligen und mit ihrer lobwürdigen Ministerverantwortlichkeit — geradezu das parlamentarische Regime. Eine Regierung, welche es verstimmt, einer der parlamentarischen Parteien anzugehören oder aber eventuell aus einer Koalition dieser Parteien hervorzugehen und die sich ihren Plänen über den Parteien lustig, steht mit der Dezember-Verfassung nicht im Einklange und verbißigt sich eine Stellung, welche nur dem Absolutismus eigen sein kann, und da nicht dem vorläufigen, sondern nur dem Absolutismus eines als unverrückbar hingestellten Verwaltungs- und Regierungssystems, dem sich im Staate Alles, auch der absolute Herr unterordnet, wie ein solches System bei uns bis zum Jahre 1848 bestand. Diese Unvereinbarkeit der Stellung der gegenwärtigen Regierung mit der Verfassung ist aber für dieselbe sehr bedenklich, weil gegenwärtig bestehende Parteien angehören und über den Parteien stehen für eine Regierung praktisch doch nichts Anderes bedeutet, als gegen alle Parteien sein, und weil die Regierung, während sie die Verfassung und die Verfassungsmäßigkeit als den Ausgangspunkt aller ihrer Handlungen erklärt, in die widersprüchliche Lage gerät, eine Gegenpartei und zwar gerade in eminentester Weise einer Partei zu werden, deren Programm die Vertheidigung eben dieser Verfassung ist.“

Nachdem er die Inkompatibilität des gegenwärtigen Kabinetts mit der Verfassung in bemessener Zone noch weiter erörtert hat, schließt Kaiserfeld seine Rede mit folgenden Sätzen:

„Die Lage des Reiches erscheint mir demnach als eine sehr gefährliche. Der parlamentarische Konflikt ist schwer zu vermeiden, denn er ist in der widersprüchlichen Lage gegeben, in welcher sich Regierung und Parlament befinden. Aber eben deshalb und auch darum, weil dieses Ministerium seine Macht in der Zweitradition findet, welche die Parteien trennt, würde ich eine Taktik unthun finden, welche a tout prix und bei schlecht gewählten Anlässen die Entscheidung brüskiren wollte, und ich würde andere Abgeordnete nicht begreifen, wenn sie in so gefährlicher Lage mit ihrem Mißtrauen nicht Verzicht und Ruhe zu verbinden verständen.“

Was aber unsere Pflicht in dieser Lage ist, das läßt sich in wenige Worte fassen. Wie bleiben treu unserem bekannten Programme und wollen einig sein in der Vertheidigung der Verfassung und im Widerstande gegen jeden Angriff auf dieselbe und gegen jede Aenderung, die ihren Geist und ihren österreichischen Grundgedanken zerstören und die namentlich die Deutschen in Oesterreich staatsrechtlich auseinanderreißen will.

Anerseits der Verfassung liegt das Chaos. Was die Gegner der Verfassung anstreben, das wäre ganz etwas Anderes, als der innere Friede, und der Erfolg ihres Strebens wäre schließhch der Zerfall, den auch die Zwischenphase des Absolutismus nicht aufhalten würde. Ich muß darauf verzichten, näher auf diesen Gegenstand einzugehen, weil es nicht möglich ist, die Verfassungspartei all den Irrthümern gegenüber, welche die Schwierigkeit des Verhältnisses solcher Fragen und die Kenntniß der Parteien und der Ziele, die sie verfolgen, haben nicht beschränkt in meinen Anschauungen, und deshalb rufe ich Ihnen zu: Lassen Sie sich nicht einschleichen in diesem Kampfe, er wird von Ihnen für ein großes Ziel geföhrt: für Oesterreich und für die Bedingungen seiner Existenz und seiner Zukunft!“

Inland.

Mediasch, 8. März. (Orig. Corr.) [Wittstock's Sondermeinung in der Mediacher Kreisvertretung.] Wie schon aus dem Mediacher Telegramm in Nr. 56 dieser Blätter bekannt, hat sich die Mehrheit der Mediacher Stabskommunität in ihrer Versammlung vom 4. März durch Beschluß der Sondermeinung Wittstock's angegeschlossen, die Mittheilung dieses Beschlusses der Universitäts- und den Kreisvertretungen vorzutragen und dem Consulardeputirten Grestovits ein Mißtrauensvotum ausgesprochen. Gegen diesen Beschluß legten Landesadvokat Bopa und Genossen Sondermeinung ein. Die Begründung derselben lautet: *)

Nur die Unkenntniß der lokalen Verhältnisse des Leischthaler Kreises und der gewerthpolitischen Umtriebe des Sachsenbodens kann über den Ursprung der sogenannten „Leischthaler Repräsentation“ im Unklaren sein. Nicht Leischthale ist die Vaterstadt jener Repräsentation, durch die es, wie eine Mutter, durch die Geburt eines Monstrums beröhmt geworden ist. Der Geburtsort der beröhigten Vorstellung liegt weit Stod hoch über der Erde, in der Fabrik, in welcher Irthümer, Vorurtheile und Leiden-schaften durch diejenigen großgezogen werden, welche an der Blindheit des Sachsenbodens seit jeher ein Interesse haben.

Wenn die Leischthaler Kreisvertretung den Inhalt und die Tragweite der Repräsentation, der angeblich eigenen Schöpfung kennt, dann schickt sie keine Abgeordneten in den Vertretungskörper, dessen legale Existenz sie zugleich mit der eigenen negirt, denn sonst verliert man jeden Glauben daran, daß es in der Leischthaler Stabsvertretung einen logisch und consequent denkenden Menschenverstand gibt.

Die Leischthaler Vorstellung und mit derselben Wittstock's Sondermeinung, der sich die Mediacher Kreisvertretung, offenbar übereilt angegeschlossen hat, bezwecken durchaus nicht die Wahrung des sächsischen Nationalvermögens gegen fremde Eigenthümer. Nein! Diefelben sind augenscheinlich ein verkappter Pöppelsputz, durch welchen der alt-sächsischen Partei in der tagenden Nationaluniversität zur Majorität verholfen werden will. Wittstock angeklagt werden, daß die Stühle Gsellis, Lalmatis und die Törgburger Gemeinden nicht durch ein Dekret Reichenslein's im Jahre 1861 aus ihrer mehr als vierhundertjährigen Verbindung mit dem Sachsenboden hinaus-bekreitet worden sind, und daß durch deren nunmehrige Einverleibung nur ein altes Unrecht geföhrt worden ist.

Außerdem kann die Kompetenz der jetzt tagenden Nationaluniversität zur Entscheidung über das Nationalvermögen mit Vernunft nicht in Frage gestellt, die Frage über diese Kompetenz nicht per langentem beantwortet werden. Und dann hat die sächsischen Minorität der jetzigen Nationaluniversität mit ihrer Auflehnung gegen Wittstock's Antrag in der Nationalvermögensfrage durchaus nicht das letzte Wort gesprochen, dadurch noch nicht, wie man tendenziös ausgeprengt hat, im anti-nationalen Sinne über das Nationalvermögen zu Gunsten des Gsellis'er und Lalmatischer Stabes und der Törgburger Gemeinden Communismus gepredigt.

Diese Gründe in Verbindung mit der vollen Ueberzeugung, daß durch das dem Abgeordneten Grestovits ausdividirt Mißtrauensvotum im Interesse der schwarzen Garde, ein Mann aus der Nationaluniversität hinausdividirt werden will, der eine selbständige Ansicht vertritt, hat, rechtfertigt

*) Wir geben diese Begründung als ergänzenden Theil zur Geschichte der verschiedenen Parteistandpunkte, müssen aber bemerken, daß wir weder mit der Richtung, noch mit dem Tone derselben einverstanden sind.

gen das gegen
legte Separato
P e f t,
seinen Wählern
nommene Rede
der Konfess
P e f t,
Budget neuerb
dem Jahre 18
P e f t,
mit dem Gltz
Siebenbürgen
W i e n,
täglich mit de
Gerichtswise v
tische Administ
W i e n,
Ersolg der Be
haben unter de
Minister
W i e n,
Paris. Da et
veriammelten
Regierung hat
Feierlichkeiten
Von Seit
berberühung d
geschieht vorber
sammentritt des
mit diesem er
In dem
der Verhandlung
sezt wurde, bei
Die „W
Regierung die
Leitung“ gegen
titel nicht im a
W i e n,
Die „Presse“
Theil der frang
rücksehendert we
O r a z,
und Friedensfeier
Das hiesig
sich Geschieht
dessen Rede in
ein Stabes für
O r a z,
wird hier groß
Die hiesigen
das Verbot inte
Gente wu
Lagebestimmung
Die betriffenden
O r a z,
Friedensfeier ist
Vernehmung de
Stabsrath wurde
morgen solesch
terz zu diesem
wird morgen ab
Vorau für die
so wird münden
Ein Comite für
Auf der Unterse
führten.
Klagenf
in zahlreich best
Parteitages mit
Stellung einstim
B r ü n n,
Strand, da Ge
an den Finanzm
eine Interpellatio
M ä h r i s c h
schaft hat dem Z
Sieges, und zu
B r a g,
kehr in Folge de
merie ein; die M
vertehr über Ma
Frankreich einget
Gerr und
gesprochen.
Die Lurn
einnahme von 1
B r a g,
Geschehnisse zu
B r a g,
hier erzählt, wie
an die Bezirkbe
Berlin,
Wilhelm am 3.
logne führenden
Occupations-Te
wieder aufgelöst.
Nach einem Bem
gen gelieferte R
es müße den R
auf den 22
Beiführung des
treten; der Rück
Karl Wilh
kalben in Folge
Berlin,
Graf Bismarck h
hier eintreffen.
M ü n c h e
der König habe
Krieger ein Trau
eine kirchliche Fe
stattfinden soll.
M ü n c h e
eingetrossenen M
Abends oder mo
M ü n c h e
zahl im Wahlbez

